

**Zeitschrift:** Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

**Herausgeber:** Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

**Band:** 89 (1998)

**Heft:** 8

**Rubrik:** Politik und Gesellschaft = Politique et société

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 26.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

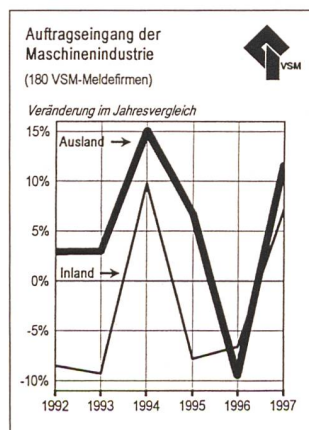


## Politik und Gesellschaft Politique et société

### Maschinenindustrie hat Talsohle überwunden

(vsm) 1997 war ein erfolgreiches Jahr für die schweizerische Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie: Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Auftragseingänge um 11,1%. Die Aufträge aus dem Ausland trugen mit 11,6%, die inländischen Bestellungen mit 7,2% zum Anstieg bei. Im 4. Quartal 1997 konsolidierte sich auch die Erholung auf dem bisher unbefriedigenden Inlandmarkt. Die Krise an Asiens Finanzmärkten hat sich noch nicht spürbar auf die Auslandsaufträge ausgewirkt. Die positiven Konjunkturerwartungen in Westeuropa und die Dynamik der amerikanischen Märkte lassen für das laufende Jahr auf eine weitere Verbesserung der Lage schliessen.

Im 4. Quartal 1997 verzeichneten die rund 180 VSM-Mel-



Erfolgreiches Jahr für die schweizerische Maschinenindustrie.

defirmen einen Anstieg der gesamten Auftragseingänge gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 24,7%. Dabei nahmen die Bestellungen aus dem Ausland um 21,6%, die Bestellungen aus dem Inland um 32,7% zu. Nachdem die Auftragseingänge im 1. Quartal 1997 noch leicht rückläufig waren, hat sich deren Zunahme in den folgenden Monaten rasant beschleunigt. 1997 stammten 75,2% der Bestellungen aus dem Ausland.

### Stromimport innerhalb der EU: keine Gleichstellung für Schweizer Unternehmen

(vdew) Stromimporte innerhalb der Europäischen Union (EU) sind nach Massgabe der Binnenmarktrichtlinie Elektrizität zu beurteilen. Die Richtlinie zielt auf die Vollendung des Binnenmarktes ab. Der Geltungsbereich dieser Richtlinie ist zunächst einmal auf das Territorium der EU beschränkt. Der Betreiber des Übertragungsnetzes ist grundsätzlich gegenüber Wirtschaftsteilnehmern der Europäischen Union zur Durchleitung verpflichtet.

Am 1. Januar 1994 ist das EWR-Abkommen zwischen der Europäischen Union und fünf EFTA-Staaten in Kraft getreten. Nachdem zwischenzeitlich Österreich, Schweden und Finnland Mitglieder der EU geworden sind, findet das EWR-Ab-

### Den Senf zurück drücken

Medien können im Zeitalter der Informationsflut die Fakten nicht immer richtig «gewichten». Nachträgliche Berichtigungen sind dabei natürlich nicht das Ideale, aber dennoch wichtig – auch wenn das Vorhaben manchmal dem Versuch ähnelt, zuviel ausgeflossener Senf wieder zurück in die Tube zu drücken. Der Leserbrief ist dazu ein praktisches Instrument. Eine Branche wie die Elektrizitätswirtschaft mit über 20 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sollte sich damit eigentlich Gehör verschaffen können. Dazu braucht es nur ein wenig Entschlusskraft. Hier einige Tips: Behandeln Sie wenn möglich nur ein einziges Thema – keine seitenlangen Rundumschläge. Notieren Sie dieses Thema in die Mitte eines Zettels und umkreisen es. Darum herum kommen – auch jeweils eingekreist – die dazu relevanten Argumente. Aus dieser «Traube» lässt sich dann leicht einen – möglichst kurzen – Leserbrief aufbauen. Persönliche Angriffe auf Redaktoren sind zu vermeiden, gehen Sie nur auf die «Sache» ein. Wenn dem Leserbrief noch ein Photodokument und eine Textdiskette beiliegen, werden Beachtungsgrad und Abdruckchance erhöht. Leider bieten die elektronischen Medien – noch nicht – die Publikationsmöglichkeiten für Zuschauerbriefe. Das heisst, Briefe darf man schon schreiben, aber man erhält bestenfalls eine standardisierte Rückantwort aus der Rechtfertigungskiste des Senders – oder Antworten wie bei der Sendung «Ventil».

B. Frankl

### Der Blitzableiter



kommen in den Wirtschaftsbeziehungen zu Norwegen (und Island) Anwendung. Dort gelten die sogenannten «vier Freiheiten» des EG-Vertrages, darunter der freie Warenverkehr, wozu auch der Stromhandel gehört. Die Binnenmarktrichtlinie Elektrizität gilt somit vollinhaltlich in Norwegen und Island. Die Schweiz und Liechtenstein haben das EWR-Abkommen nicht ratifiziert, somit genies-

sen schweizerische Unternehmen keine Gleichstellung.

Aus dem EWR-Abkommen ist der Netzbetreiber in gleicher Weise zur Durchleitung verpflichtet, wobei hier auch die gleichen Durchleitungsverweigerungsrechte zur Anwendung kommen.

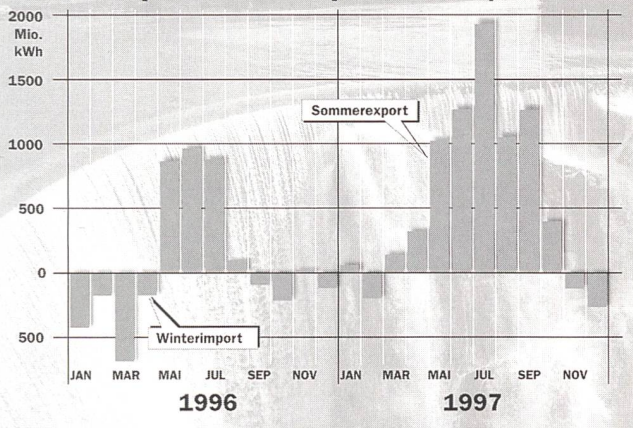
(Aus VDEW-Arbeitspapier «Rechtlicher Rahmen für Stromimporte innerhalb der EU und aus Drittstaaten»)



Sorry – die Party läuft ohne Schweizer.



## Stromimport und -export 1996/1997



## Dank Wasserkraft weniger CO<sub>2</sub>

(vse) Die Natur bestimmt die Produktion von Strom in der Schweiz: 1997 war ein nasses Jahr und dementsprechend erhöhte sich die Stromproduktion aus Wasserkraft. Sie stieg 1997 im Vergleich zum Vorjahr um 5096 Mio. kWh oder 17,2%. Dies entspricht in etwa dem Jahres-Stromverbrauch der Städte Basel, Genf und Zürich zusammen. Durch Export von Schweizer Strom können zum Beispiel in Deutschland und Italien umweltbelastende Kohlekraftwerke abgestellt werden. So helfen Schweizer Wasserkraftwerke mit, die Ziele von Kyoto zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen zu erfüllen.

## Energie 2000: Le réveil romand

(ofen) Le programme d'investissement Energie 2000, doté de 64 millions de francs par l'Assemblée fédérale en avril 1997, met aujourd'hui l'accent sur la Suisse romande. Enjeu global du programme: 3300 emplois et, simultanément, une réduction des rejets de gaz carbonique de 150 000 tonnes par an. Fin janvier, la moitié des fonds destinés à cet effet a déjà été attribuée, soit 32,7 millions de francs. Les demandes ont été, dans un premier temps, plus timides en Suisse romande. Mais récemment, leur nombre a sensiblement augmenté.

## Verfassungsmässigkeit einer Energieabgabe im Energiegesetz klären

(efch) Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) des Nationalrates hat den Entscheid über die Aufnahme einer Bestimmung für eine Energieabgabe ins Ener-

giegesetz vertagt. Sie lässt vorgängig die Verfassungsmässigkeit einer solchen Abgabe durch einen Verfassungsrechtler abklären und allenfalls einen entsprechenden Artikel erarbeiten. Als Entscheidungsgrundlage sollen im weiteren auch die Auswirkungen der Abgabe auf die Wirtschaft sowie die Möglichkeiten der Verwendung des Ertrages für die Erneuerung der Wasserkraft geprüft werden. Eine Verabschiedung des Energiegesetzes ist daher in der Frühjahrsession nicht mehr möglich.

## Kanton Schwyz verlässt die Regierungskonferenz der Gebirgskantone

Der Kanton Schwyz hat die Regierungskonferenz der Gebirgskantone verlassen. Schwyz sei ein atypischer Gebirgskanton geworden, was sich unter anderem in der Frage der Strommarktöffnung gezeigt habe, in der sich der Kanton Schwyz für eine weite Öffnung ausgesprochen habe.

## Strompannen wecken Kritik an der Liberalisierungs- politik in Neuseeland

(p) Weite Teile der grössten Stadt Neuseelands – Auckland – wurden im Februar und März wegen Strompannen für Wochen lahmgelegt. Der Stromausfall begann nach dem Zusammenbruch von zwei Reserveleitungen. Eine Hitzewelle führte wegen der vielen angeschalteten und auf höchster Stufe arbeitenden Klimaanlage und Kühlgeräte zur Überlastung der Leitungen.

Lehrkräfte und Studenten wurden für Wochen nach Hause geschickt. Nur die zwei grössten Spitäler sowie einige andere Notfalleinrichtungen funktionierten noch. Die Behörden forderten die Bewohner der Innenstadt auf, ihre Häuser zu verlassen. Viele Unternehmen und fast alle Banken haben ihre Geschäfte verriegelt. Die Polizei wollte mit einer erhöhten Präsenz Plünderer abschrecken. Man ging davon aus, dass die Stadtverwaltung den Notstand

ausruft und das Militär zur Sicherung der Innenstadt einsetzt.

Schuld an der Misere sollen die seit 1984 laufenden Wirtschaftsreformen sein. Als Folge der radikalen Rationalisierungen der öffentlichen Dienste sei die Wartung der Stromkabel vernachlässigt worden. Für die Neuseeländer ist der grosse Stromausfall ein Symbol dafür, dass die Jagd nach dem schnellen Geld zu weit gegangen ist.

## Nagra-Verfahren in Leuggern/ Böttstein sistiert

(uvek) Der Bundesrat hat das Bewilligungsverfahren für die Durchführung von geologischen Untersuchungen in den Gemeinden Leuggern und Böttstein, Kanton Aargau, zurückgestellt. Gleichzeitig hat er ein Gesuch verschiedener Umweltorganisationen zur weiteren Abwicklung dieses Verfahrens abgewiesen. Mitte 1996 hat die zuständige Arbeitsgruppe den Standort als ungünstig beurteilt.

## Sondierbohrung Benken: Bohrbeginn im Sommer

Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) wird, nachdem sie die rechtskräftige Baubewilligung für die Sondierbohrung in Benken (ZH) erhalten hat, ab Ende März den Bohrplatz vorbereiten. Je nach Witterung dauern diese Arbeiten rund 14 Wochen. Der Bohrbeginn wird somit im Laufe des Sommers erfolgen. Bei der Sondierbohrung geht es um das Beschaffen von Grundlagen für den Nachweis, dass auch in der Schweiz hochradioaktive Abfälle sicher entsorgt werden können.



Erdwissenschaftliche Untersuchung von Bohrkernen (Bild Nagra).



«Ich schätze es, wenn positive Dinge so geschrieben werden, dass man auch sie mit Vergnügen lesen kann. Es ist immer einfacher, Negatives süffig zu präsentieren.»

Bernhard Russi in «Faximile»

## Campagne pour le chauffage électrique

(ep) Contrairement à ce qui se passe en Suisse, le chauffage électrique n'est pas, en France, une maladie honteuse. Objet de diversification bienvenue et de protection de l'air, il équipe chez nos voisins plus de 6 millions de logements. Une campagne audiovisuelle est en cours de préparation pour fidéliser les utilisateurs.

Electricité de France lancera en avril prochain une nouvelle campagne nationale de communication sur le thème du chauffage électrique. Intitulée «Offre rénovation électrique», elle sera dirigée sur l'habitat existant, secteur dans lequel 3,5 millions de maisons individuelles et 2,7 millions d'appartements ont recours au chauffage électrique, ce qui représente pour EdF un chiffre annuel de 18 milliards de francs. Parallèlement, un nouveau label, «Promotélec habitat existant», sera lancé dès le 1<sup>er</sup> mai.

## Stromversorger auf Wettbewerbskurs

(vdew) «Das Energierecht darf nicht zum Spielball im Wahlkampf werden. Ein neues Energiewirtschaftsgesetz muss auch über Wahlperioden Bestand haben. Die deutschen Stromversorger brauchen eine klare Marktordnung, um den internationalen Wettbewerb aufnehmen zu können.» Das erklärte Dr. Heinz Klinger, Präsident der VDEW, Frankfurt (Main).

Die volks- und betriebswirtschaftlichen Risiken dieses Umbruchs in der Stromwirtschaft könnten durch Übergangsfristen bei der Markttöffnung – wie sie auch die Binnen-

marktrichtlinie der Europäischen Union vorsieht – gemildert werden, betonte H. Klinger. Da der Bundestag auf diese Möglichkeit bewusst verzichtet habe, würden, wenn das Gesetz unverändert in Kraft träte, alle Stromversorger ohne Rücksicht auf ihre bisher erreichte Wettbewerbsfähigkeit internationaler Konkurrenz ausgesetzt. H. Klinger: «Nicht alle Stromversorger werden diesen ohne Schonfrist ausbrechenden Konkurrenzkampf überleben.»

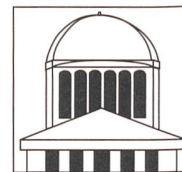
Bedroht sei die Chancengleichheit der deutschen Stromversorger im europäischen Strommarkt auch durch nationale Sonderlasten. Als Beispiele nannte der VDEW-Präsident das nicht nur volkswirtschaftlich verfehlte, sondern aus Sicht der Stromwirtschaft auch verfassungswidrige Stromeinspeisungsgesetz, dessen Anwendungsbereich sogar noch erweitert worden sei. Zusätzliche Kosten entstünden auch aus der Behinderung der Kernenergie durch den «ausstiegsorientierten Gesetzesvorschlag» einiger Landesregierungen und die Proteste gegen die notwendige Entsorgung radioaktiver Abfälle.

Europaweit sei es erforderlich, die unterschiedlichen Umweltschutzvorschriften zu harmonisieren. Dies gelte nicht nur für die Staaten der Europäischen Union, sondern auch für die osteuropäischen Nachbarländer. «Ohne die Beseitigung dieser nationalen Belastungen würden die deutschen Stromversorger mit einem wettbewerbsverzerrenden Handicap in den europaweiten Stromwettbewerb geschickt.»

## L'avenir du nucléaire se joue en Chine

(ep) En affirmant sa volonté de lever l'embargo sur les ventes de technologies nucléaires à la Chine, le Gouvernement américain ouvre la porte à un redémarrage de l'énergie atomique à l'échelle mondiale. Pékin annonce en effet son désir de se doter d'ici à 2020 d'une capacité nucléaire égale à celle de la France (50 000 MW).

## Energienotizen aus Bern



### Erfolgskontrolle in der Energiepolitik

(bfe) Das Bundesamt für Energie (BFE) lässt die Wirkungen energiepolitischer Massnahmen und Aktionen des Aktionsprogramms «Energie 2000» regelmässig durch unabhängige Institute überprüfen. Die Untersuchungen helfen, Stärken und Schwächen auszuweisen, bei allen Beteiligten Lernprozesse auszulösen und den Einsatz der vorhandenen Mittel zu optimieren. Das BFE veröffentlichte vier weitere Untersuchungen.

### Politique de l'énergie: nouveaux résultats

(ofen) L'Office fédéral de l'énergie (OFEN) mandate régulièrement des instituts indépendants pour déterminer les retombées des mesures de politique énergétique. Des enquêtes montrant les forces et les faiblesses de l'action permettent aux intervenants d'en tirer les conséquences et d'optimiser l'emploi des fonds. L'OFEN publie quatre nouveaux rapports à ce sujet.

### Neue Verordnung zum Elektrizitätsgesetz

(uvek) Der Bundesrat hat die neue Verordnung über Geräte und Schutzsysteme zur Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen verabschiedet und auf den 1. April 1998 in Kraft gesetzt.

Zweck der neuen Verordnung ist der Abbau von technischen Handelshemmnissen auf dem Gebiet der Sicherheit von Erzeugnissen, die in explosionsgefährdeten Bereichen zur Anwendung kommen. Das schweizerische Recht wird an die entsprechenden Vorschriften der Europäischen Union angeglichen. Dadurch sollen Nachteile für die schweizerische Wirtschaft im Handel mit den EU-Staaten beseitigt werden.

Die Verordnung gilt für alle Sicherheitsaspekte und alle Erzeugnisse zur Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen wie Chemiefabrikation, Tankstellen oder bei der Verwendung von Lackiermitteln. Sie enthält die grundlegenden Anforderungen sowohl in Bezug auf die elektrische wie auch auf die mechanische Sicherheit der Produkte.

### Adoption d'une nouvelle ordonnance de la loi sur l'électricité

(efch) Le Conseil fédéral a adopté une nouvelle ordonnance sur les appareils et les systèmes de protection destinés à être utilisés en atmosphères explosibles, dont l'entrée en vigueur est fixée au 1<sup>er</sup> avril 1998.

La nouvelle ordonnance doit réduire les entraves techniques au commerce dans le domaine de la sécurité des matériels utilisés dans des conditions où l'atmosphère peut devenir explosive. Le droit suisse est ainsi adapté à celui de l'Union européenne. Certains inconvénients qui affectent l'économie suisse dans ses échanges avec les pays de l'UE en seront éliminés.